



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2020

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung.....	3
II.	Zusammenfassung Deutschland	4
III.	Deutschland – Daten 2020	7
IV.	Zusammenfassung Länder	12
V.	Länder – Daten 2020	17
VI.	Tabellenverzeichnis.....	40

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, mit Wirkung für den Berichtszeitraum zuletzt geändert am 26. Juni 2018, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragsstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen - Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen

Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2020 **773 144 Lebendgeburten**. Im Vergleich zum Vorjahr kam es erneut zu einem leichten Rückgang um **0,6 %**. Außer 2017 und 2019 waren in den Vorjahren hohe Steigerungen zu verzeichnen: Die Geburtenzahl stabilisierte sich damit weiterhin auf hohem Niveau. (2018: 787 523; 2019: 778 090)

2020 war mit **132.111 Antragstellerinnen** ein Rückgang von 8,3 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies ist die geringste Anzahl an Antragsstellerinnen in der gesamten Dekade. Das gilt genauso für die Zahl der **Hilfsempfängerinnen**, die um 7,7 % auf **122.044** zurückging. Die Bewilligungsquote ist mit 92 % gleichgeblieben (Tabelle 1).

Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Schließung der Beratungsstellen erschwerte sich die Antragsstellung für die schwangeren Frauen: Hilfesuchende mussten sich zunächst telefonisch mit der Beratungsstelle in Verbindung setzen, das Beratungsgespräch online führen und einen schriftlichen Antrag in Papierformat nachreichen

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten in 2020 **15,8 %**, wohingegen 2019 der Anteil noch bei 17,0 % lag und 2018 bei 17,9 %. Der Anteil verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte, wodurch in 2020 zum ersten Mal etwas weniger als **jede sechste Schwangere**¹ von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt wurde.

Bei den Altersgruppen der Hilfsempfängerinnen gab es in 2020, wie bereits die Jahre zuvor, keine Veränderung. Der Anteil der **volljährigen Hilfsempfängerinnen** lag konstant bei **98 %** und die der **Minderjährigen** entsprechend bei nur **2 %** (Tabelle 2).

In Bezug auf den **wirtschaftlichen Status** der Hilfsempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt), ist der Anteil der Hilfsempfängerinnen, die Leistungen nach dem SGB II und XII erhalten, um 2 Prozentpunkte auf 49 % gesunken. Somit stellt diese Einkommensart immer noch mit großem Abstand die am häufigsten vorkommende Einkommensart der Hilfsempfängerinnen dar. Auch bei den Anteilen der Hilfsempfängerinnen

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2020 geboren wurden, zum Teil bereits in 2019 erfolgt sind, und zum anderen Kinder, für die noch in 2020 eine Bewilligung ausgesprochen wurde, erst Anfang 2021 geboren wurden.

mit anderen Einkommensarten gab es gegenüber zum Vorjahr leichte Veränderungen (Tabelle 3). Der Anteil an Hilfeempfängerinnen, die weder eigenes Einkommen noch Sozialleistungen beziehen, ist um einen Prozentpunkt auf 16 % gestiegen. Ebenfalls um einen Prozentpunkt auf 19 % stiegen der Anteil an Hilfeempfängerinnen, die über ein Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit verfügen sowie der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die sonstige Sozialleistungen beziehen, (auf 6 %). Dagegen ist der Anteil an Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach AsylbLG beziehen, um einen Prozentpunkt auf 6 % gesunken.

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es in 2020 leichte Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche**² beantragt. Allerdings ist der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die ihren Antrag nach der 20. Schwangerschaftswoche stellten, zum ersten Mal seit 2017 wieder angestiegen und zwar um 2 Prozentpunkte auf 70 %. Bis zur 12.

Schwangerschaftswoche wurden anstatt 4 % wie in den Vorjahren nur 3 % der Anträge gestellt. Die Zahl der zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge ist ebenfalls um einen Prozentpunkt auf 27 % gesunken; (Tabelle 5).

Die **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen haben sich seit 2016 nur marginal verändert. Die größte Gruppe mit 49 % bildeten im Berichtsjahr diejenigen Empfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten. Dieser Anteil veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nicht. Der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden sank dagegen um einen Prozentpunkt auf 33 %. Dagegen stieg der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen um einen Prozentpunkt auf 18 % an (Tabelle 6).

In 2020 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr relativ konstant geblieben und nur um 8 Beratungsstellen gesunken. Insgesamt wirkten somit 1 250 Beratungsstellen³ bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 84 % in freier, der Rest in staatlicher bzw. kommunaler Trägerschaft (Tabelle 7).

Aufgrund des dahingehenden Hinweises des Bundesrechnungshofes in seinem vorläufigen Prüfbericht vom 29. November 2022, dass es sich bei dem bisher erhobenen bundesweiten Durchschnittsbetrag um einen Mittelwert der Durchschnittsbeträge der Zuweisungsempfänger handele, erfolgte eine Neuberechnung des bundesweiten Durchschnittsbetrages auf einer neuen Berechnungsgrundlage. Bei der Berechnung des Mittelwertes der Durchschnittsbeträge der Zuweisungsempfänger wurden bislang die 16 Durchschnittsbeträge der

² Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisternin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung die Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

³ Im Sozialdatenbericht 2019 waren durch einen Übertragungsfehler 1 238 Beratungsstellen angegeben anstatt 1 258.

Zuweisungsempfänger addiert und anschließend durch 16 geteilt. Dieser Wert ist in Tabelle 9 in der zweiten Spalte für die letzten 10 Jahre zu finden, wird jedoch für die künftigen Sozialdatenberichte nicht mehr berechnet. In diesen wird ausschließlich der bundesweite Durchschnittsbetrag nach der neuen Berechnungsmethode aufgeführt werden. In Tabelle 9 Spalte 3 wird der bundesweite Durchschnittsbetrag nach der neuen Berechnungsgrundlage für die letzten 10 Jahre ausgewiesen. Der Wert ergibt sich nunmehr aus der die Summe der Produkte aus Durchschnittsbeträgen der Zuweisungsempfänger und der Anzahl der jeweiligen Hilfeempfängerinnen, dividiert durch die Anzahl der Hilfeempfängerinnen in Deutschland. Durch die neue Berechnung ergeben sich zum Teil deutliche Veränderungen der Werte. Insbesondere in den letzten Jahren liegt der Wert niedriger als nach der alten Berechnungsmethode. Für 2020 liegt er mit 770 € um 39 € niedriger als nach alter Berechnung. Insgesamt bildet der Wert so nun aber genauer die Lebensrealität ab.

Bei der Gesamtzahl von **122.044 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2020 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung nach neuer Berechnung 770 Euro** und war somit gegenüber dem entsprechend berechneten Vorjahreswert um 34 Euro höher. Das entspricht einer Erhöhung von 5 % (Tabelle 9).

Die Erhöhung des Durchschnittsbetrags ergibt sich zum einen aus dem Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 7,7 %. Zugleich hat sich die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** gegenüber 2019 verändert: Während sich die Anteile der Bewilligungen bis zu 300 Euro und der Bewilligungen bis 600 Euro um 3 Prozentpunkte bzw. 2 Prozentpunkte verringerten, erhöhten sich die Anteile der Bewilligungen bis zu 1 500 Euro (um 3 Prozentpunkte) und der Bewilligungen bis 1.000 Euro (um 2 Prozentpunkte). Die Anteile der Bewilligungen über 1.500 Euro blieben gleich. Somit wurden am häufigsten Beträge zwischen 300 und 600 Euro bewilligt, es folgten Bewilligungen bis 1 000 Euro, dann bis 1 500 Euro, bis 300 Euro und über 1 500 Euro. Die Verschiebung zu höheren Bewilligungsbeträgen, die im Jahr 2019 erstmals aufgetreten ist, setzt sich somit im Jahr 2020 fort (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30). Im Berichtsjahr wurden, wie im Jahr 2019, in keinem Land Beträge bis 300 Euro am häufigsten ausbezahlt. Dies war im Jahr 2018 mit 54 % in Baden-Württemberg und 47 % in Bremen noch deutlich anders. Die noch für 2019 festgestellte deutliche Zunahme bei den Bewilligungen der Beträge zwischen 600 und 1000 Euro stagnierte ebenfalls.

III. Deutschland – Daten 2020

Endgültige Geburtenzahl: 773 144 (2019: 778 090)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2011	144 504 (100 %)	132 359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	+ 14,0 %	+ 14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %
2018	153 724 (100 %)	140 818 (92 %)
Veränderung 2017/2018	- 7,7 %	- 7,8 %
2019	144 000 (100 %)	132 170 (92 %)
Veränderung 2018/2019	- 6,3 %	- 6,1 %
2020	132 111 (100 %)	122 044 (92%)
Veränderung 2019/2020	- 8,3 %	- 7,7 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2011	39 (0 %)	3 344 (3 %)	128 976 (97 %)
2012	41 (0 %)	3 316 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	45 (0 %)	3 072 (2 %)	149 535 (98 %)
Änderung der Erfassung	bis 17 Jahre		ab 18 Jahre
2018	2 632 (2 %)		138 186 (98 %)
2019	2 571 (2 %)		129 599 (98 %)
2020	2.620 (2 %)		119 424 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ⁴	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2011	33 397 (25 %)	5 883 (4 %)	6 299 (5 %)	63 423 (48 %)	2 558 (2 %)	3 935 (3 %)	16 864 (13 %)
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2 850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3 836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)
2018	25 449 (18 %)	2 875 (2 %)	2 929 (2 %)	74 581 (53 %)	10 181 (7 %)	6 734 (5 %)	18 060 (13 %)
2019	24 024 (18 %)	2 725 (2 %)	2 391 (2 %)	67 393 (51 %)	9 300 (7 %)	6 928 (5 %)	19 409 (15 %)
2020	23 390 (19 %)	2 903 (2 %)	2 363 (2 %)	60 220 (49 %)	7 380 (6 %)	6 789 (6 %)	18 999 (16 %)

⁴ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: entfallen

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2011	9 535 (7 %)	41 376 (31 %)	81 448 (62 %)
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)
2018	5 524 (4 %)	39 250 (28 %)	96 044 (68 %)
2019	4 942 (4 %)	36 860 (28%)	90 368 (68 %)
2020	4 236 (3 %)	32 852 (27 %)	84 956 (70 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2011	52 603 (40 %)	50 664 (38 %)	29 092 (22 %)
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 706 (50 %)	51 552 (33 %)	26 424 (17 %)
2017	77 534 (51 %)	50 661 (33 %)	24 457 (16 %)
2018	71 199 (50 %)	47 343 (34 %)	22 276 (16 %)
2019	64 744 (49 %)	44 967 (34 %)	22 459 (17 %)
2020	59 638 (49 %)	40 917 (33 %)	21 489 (18 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2011	1 273	1 027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017*	1 249	1 029	220
Veränderung 2016/2017	+ 0,4 %	+ 0,3 %	- 3,5 %
2018	1 245	1 030	215
Veränderung 2017/2018	- 0,3 %	+ 0,1 %	- 2,3 %
2019**	1 258	1 044	214
Veränderung 2018/2019	+ 1,0 %	+ 1,4 %	- 0,5 %
2020	1 250	1 045	205
Veränderung 2019/2020	- 0,6 %	+ 0,1 %	- 4,2 %

* Veränderung gegenüber Sozialdatenbericht 2017 infolge einer nachträglichen Korrektur bei den Länderdaten.

** Korrektur gegenüber Sozialdatenbericht 2019: dort waren durch einen Übertragungsfehler 1 238 Beratungsstellen anstatt 1 258 eingetragen.

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

	Durchschnittsbetrag (nach alter Berechnung)*	Durchschnittsbetrag (nach neuer Berechnung)**
2011	682 Euro	761 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro	+ 89 Euro
2012	695 Euro	735 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro	- 26 Euro
2013	692 Euro	702 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro	- 33 Euro
2014	694 Euro	597 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro	- 105 Euro
2015	669 Euro	613 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro	+ 16 Euro
2016	634 Euro	655 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro	+ 42 Euro
2017	623 Euro	622 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro	- 33 Euro
2018	684 Euro	661 Euro
Veränderung 2017/2018	+ 61 Euro	+ 39 Euro
2019	763 Euro	736 Euro
Veränderung 2018/2019	+ 79 Euro	+ 75 Euro
2020	809 Euro	770 Euro
Veränderung 2019/2020	+ 46 Euro	+ 34 Euro

* Mittelwert der Durchschnittsbeträge der 16 Zuweisungsempfänger (ZE)

** Neuberechnung des Durchschnittsbetrags des Bundes auf Hinweis des BRH: Summe der Produkte aus Durchschnittsbeträgen der ZE und Anzahl der jeweiligen Hilfeempfängerinnen dividiert durch Anzahl der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2020

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2011	12 720 (10 %)	58 357 (44 %)	43 694 (33 %)	16 065 (12 %)	1 523 (1 %)
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)
2018	20 286 (14 %)	60 330 (43 %)	45 351 (32 %)	12 130 (9 %)	2 721 (2 %)
2019	11 547 (9 %)	53 198 (40 %)	43 552 (33 %)	19 463 (15 %)	4 410 (3 %)
2020	6 918 (6 %)	46 821 (38 %)	42 320 (35 %)	21 730 (18 %)	4 255 (3 %)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2020 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

2020 ging in 14 Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zwischen 2,6 % und 14,8 % zurück. Rückgänge von 10 % und mehr waren in Nordrhein-Westfalen (10 %), Hamburg (12,1 %), Brandenburg (12,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (14,3 %), und Schleswig-Holstein (14,7 %) zu verzeichnen. Während sich im Jahr 2019 in Sachsen-Anhalt die Anzahl der Hilfeempfängerinnen nur um eine Person (0 %) verringerte, kam es in diesem Berichtsjahr zu einem Rückgang von 9,3 %. In zwei Bundesländern stieg die Zahl der Hilfeempfängerinnen dagegen an: in Bremen um 2,9 % und in Thüringen um 0,8 %. Dies ist gerade in Bremen ein erheblicher Unterschied zum Vorjahr: 2019 verzeichnete Bremen einen Rückgang der Anzahl der Hilfeempfängerinnen von 12,4 %.

Die Abnahme der Anzahl an Hilfeempfängerinnen korrespondiert zumeist mit dem Rückgang der **Antragszahlen**, den es in 14 Bundesländern gab. Am höchsten fiel er mit 15,3 % in Brandenburg aus, gefolgt von Schleswig-Holstein mit einem Rückgang um 14,7 %. Den geringsten Rückgang gab es in Bayern mit 3,4 % (Tabelle 14). Dagegen gab es in Bremen (um 3,1 %) und im Saarland (um 0,6 %) eine Steigerung der Antragszahlen.

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnte im Jahr 2020 Bayern mit 98 % verzeichnen, wo sich die Bewilligungsquote damit um einen Prozentpunkt erhöhte. Die niedrigste Bewilligungsquote gab es in Brandenburg (86 %). In allen anderen Ländern betrug sie mindestens 90 % (Tabelle 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen unter 18 Jahren** betrug 2020, wie bereits 2019, durchschnittlich 2 %. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind die einzigen Bundesländer die mit 4 % über dem Durchschnitt liegen. Dies ist besonders in Mecklenburg-Vorpommern eine erhebliche Veränderung: im Jahr 2019 war Mecklenburg-

Vorpommern das Bundesland mit der niedrigsten Quote von 0 %. 4 Länder liegen dagegen unterhalb des Durchschnitts (Berlin, Bremen, Hamburg und Hessen). Der prozentuale Anteil der **Hilfempfängerinnen über 18 Jahren** lag dem entsprechend, wie auch in den Vorjahren, im Bundesdurchschnitt bei 98 % (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in Deutschland kaum (Tabelle 3). Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war 2020 im Bundesdurchschnitt um 2 Prozentpunkte auf 49 % gesunken. In den Ländern lagen die Veränderungen sowohl nach unten als auch nach oben zwischen 1 und 5 Prozentpunkten und waren damit vergleichsweise gering: in 15 Bundesländern fiel der Anteil, wohingegen in nur einem Land eine Steigerung zu verzeichnen war.

Auch in 2020 war der Anteil dieser Gruppe in fast allen Ländern am höchsten; er betrug zwischen 38 % (Rheinland-Pfalz) und 66 % (Berlin). Mehr als 50 % betrug er in 8 Ländern, über 60 % in 3 Ländern. Die einzige Ausnahme bildet Thüringen, wo mit einem Anteil von 37 % diese Haupteinkommensart bei den Hilfempfängerinnen nur am zweithäufigsten vorkommt. Mit 8 Prozentpunkten mehr stellen Hilfempfängerinnen, die Einkommen aus selbstständiger oder nicht selbstständiger Tätigkeit beziehen, dort den größten Anteil dar (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, stieg bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 19 %. In diesem Bereich oder etwas darüber bewegte er sich auch bei den meisten Ländern. In Schleswig-Holstein und Thüringen lag er mit 32 % bzw. 45 % jedoch deutlich höher, in Baden-Württemberg und im Saarland mit jeweils 11 % dagegen etwas niedriger. Insgesamt ist in 2020 Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 11 Bundesländern die zweithäufigste und in 4 Ländern die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfempfängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** lag im Bundesdurchschnitt mit 16 % um einen Prozentpunkt über dem Vorjahreswert und war damit der dritthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern dagegen belegte er viermal den zweiten Platz (17 bis 35 %), achtmal den dritten Platz (9 bis 19 %) und mit einem Wert von 10 % einmal den vierten Platz (Tabelle 23).

Der Anteil der Hilfempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, sank 2020 im Bundesdurchschnitt um einen Prozentpunkt auf 6 %. Auch in den Bundesländern gab es nur leichte Abweichungen zum Vorjahr. In 8 Ländern war ein Rückgang zwischen 1 und 3 Prozentpunkten zu verzeichnen. Dagegen war in 3 Ländern der Anteil

zwischen 1 und 2 Prozentpunkten angestiegen. Entsprechend war in 5 Ländern der Anteil verglichen zum Vorjahr gleichgeblieben. In 9 Bundesländern stellte er die vierthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen dar (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, in 2020 um einen Prozentpunkt auf 6 % gestiegen. Nach Ländern betrachtet, blieb er in 9 gleich, in 3 Ländern war er gefallen und ein Plus gab es in 4 Ländern.

Die Veränderungen betragen 1 bis 2 Prozentpunkte und waren damit sehr gering. Höchstwerte gab es wieder in Niedersachsen mit 17 %, in Hessen mit 15 % und in Bayern mit 11 %. In Niedersachsen stellte er sogar die zweithäufigste Haupteinkommensart dar (Tabelle 22).

2020 bezogen im Bundesdurchschnitt unverändert 2 % der Hilfeempfängerinnen **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** als Haupteinkommen. Nach Bundesländern betrachtet blieb deren Anteil in 10 Ländern gleich, fiel in 2 Ländern (Hamburg und Hessen) um jeweils einen Prozentpunkt und stieg in 4 Ländern jeweils um einen Prozentpunkt an. Mit Werten von 0 bis 3 % in 15 Ländern lag er durchgehend niedrig. Wie in 2019 war lediglich in Sachsen-Anhalt mit 8 % ein höherer Wert zu verzeichnen (Tabelle 19).

Ebenfalls wie im Vorjahr war in 2020 der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, mit 2 % unverändert geblieben. Nach Bundesländern betrachtet gab es gegenüber 2019 neun positive Abweichungen um jeweils einen Prozentpunkt. Eine negative Abweichung trat hingegen gar nicht auf. Mit Werten zwischen 0 und 4 % war der Anteil der SGB III-Bezieherinnen unter den Hilfeempfängerinnen überall niedrig und dennoch in 13 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

Auch im Berichtsjahr 2020 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungshilfen überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 70 % und somit um zwei Prozentpunkte mehr als noch 2019. Am seltensten kam das mit 59 % im Saarland und mit jeweils 60 % in Sachsen und Baden-Württemberg vor. In den übrigen Ländern betrug der Anteil der nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge über 60 % und mehr, mit Abstand am größten war er in Berlin und Thüringen mit je 88 % und in Bremen sogar mit 95 %.

Die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ waren im Saarland, in Baden-Württemberg und in Sachsen am geringsten. Im Saarland stellten 31 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 59 % erst danach. In Baden-Württemberg betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 37 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 60 % der Anträge gestellt. In Sachsen stellten 34 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 60 % erst danach. Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche waren überall mit

Abstand am seltensten. Deren Anteil bewegte sich in 15 Bundesländern zwischen 0 bis 7 %; lediglich im Saarland waren es 10 % (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der**

Hilfeempfängerinnen. In den westlichen Bundesländern und Berlin machten die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 46 % und 57 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen war der geringste: Er betrug nur zwischen 11 und 22 %. Im Vergleich zum Vorjahr kam es hier in acht Bundesländern zu einer Steigerung des Anteils zwischen 1 bis 6 Prozentpunkten. Dies trat vor allem in den westlichen Bundesländern auf; in Bremen stieg der Anteil von 16 auf 22 %. Thüringen war das einzige östliche Bundesland, in dem die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe ausmachten, allerdings waren es nur 39 %. Mit 35 % alleinlebenden Hilfeempfängerinnen und 26 %, die in eheähnlicher Gemeinschaft lebten, war die Verteilung dort ziemlich gleichmäßig. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern war der größte Anteil mit 43 bis 48 % bei den Alleinlebenden festzustellen (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt stieg 2020 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung nach dem neuen Berechnungsmodus** um 34 Euro (5 %) auf **770 Euro** an. In 13 Ländern war ein Anstieg zu verzeichnen (zwischen 1,2 und 20,5 %). Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war im Jahr 2020 mit 20,5 % in Schleswig-Holstein zu verzeichnen, gefolgt von Brandenburg mit 20,3 % und Hamburg mit 18,7 %. In den Bundesländern Bayern (11 %), Berlin (4,7 %) und Niedersachsen (4,3 %) sank dagegen der statistische Durchschnittswert einer Bewilligung.

Erneut war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag in Höhe von 480 Euro. Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2020 in Nordrhein-Westfalen mit 583 Euro, gefolgt von Niedersachsen mit 625 Euro und Schleswig-Holstein mit 634 Euro. Lagen 2019 die Durchschnittswerte in 4 Ländern unter 600 Euro, war dies 2020 in nur noch 2 Ländern der Fall.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erhielten 2020 in 7 Ländern die Hilfeempfängerinnen rechnerisch einen geringeren Durchschnittsbetrag und in 9 Ländern mehr. Alle östlichen Flächenländer lagen mit ihrer durchschnittlichen Bewilligungssumme oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2020 wieder in Bayern mit 1.161 Euro, obwohl dort der Durchschnittsbetrag um 144 Euro im Vergleich zum Vorjahr sank. Es folgten mit etwas Abstand Brandenburg mit 1.025 Euro durchschnittlicher Bewilligungssumme, Thüringen mit 977 Euro und Sachsen mit 976 Euro (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2020 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Bayern hat Eigenmittel von 435.938 Euro aufgebracht, 787.241 Euro weniger als 2019. Prozentual bedeutete das eine erhebliche Verringerung um 6,44 %. Bereits im Jahr 2019 gab es in Bayern eine erhebliche Verringerung der zusätzlichen Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung um 45,2 %. In Thüringen gab es ebenfalls wieder eine Senkung um 9.504 Euro (28,2 %) auf 24.153 Euro. Auch hier erfolgte bereits im Vorjahr eine Reduzierung um 24,2 %. In Rheinland-Pfalz verringerte sich der Betrag um 15.000 Euro (5,5 %) auf 255.000 Euro. Den stärksten prozentualen Rückgang gab es jedoch in Sachsen mit 48,3 %, das waren 11.500 Euro weniger als im Vorjahr. Zusätzliche Mittel gab es in Höhe von 10 000 Euro in Mecklenburg-Vorpommern und somit unverändert zu 2019. In Sachsen-Anhalt dagegen stiegen die Eigenmittel auf 3.450 Euro, womit ein Zuwachs um 1.740 Euro (101,8 %) vorlag (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2020

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	11 108 (100 %)	10 890 (100 %)	8 744 (100 %)	6 810 (100 %)
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)
2018	15 574 (100 %)	14 294 (100 %)	7 843 (100 %)	4 789 (100 %)
2019	15 202 (100 %)	12 801 (100 %)	7 655 (100 %)	4 348 (100 %)
2020	13 942 (100 %)	12 366 (100 %)	7 160 (100 %)	3 683 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	2 021 (100 %)	4 568 (100 %)	9 693 (100 %)	5 250 (100 %)
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)
2018	2 438 (100 %)	5 076 (100 %)	10 845 (100 %)	3 622 (100 %)
2019	2 150 (100 %)	4 750 (100 %)	10 053 (100 %)	3 227 (100 %)
2020	2 216 (100 %)	4 197 (100 %)	9 383 (100 %)	2 779 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	16 464 (100 %)	35 613 (100 %)	5 121 (100 %)	1 550 (100 %)
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)
2018	16 487 (100 %)	42 727 (100 %)	5 741 (100 %)	1 945 (100 %)
2019	15 734 (100 %)	40 402 (100 %)	5 146 (100 %)	1 741 (100 %)
2020	14 681 (100 %)	36 311 (100 %)	4 930 (100 %)	1 752 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	8 855 (100 %)	6 191 (100 %)	6 399 (100 %)	5 227 (100 %)
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)
2018	7 026 (100 %)	4 717 (100 %)	7 119 (100 %)	3 481 (100 %)
2019	6 513 (100 %)	4 656 (100 %)	6 584 (100 %)	3 038 (100 %)
2020	6 030 (100 %)	4 217 (100 %)	5 615 (100 %)	2 849 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	10 397 (94 %)	10 573 (97 %)	7 777 (89 %)	6 604 (97 %)
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)
2018	14 604 (94 %)	13 729 (96 %)	6 934 (88 %)	4 216 (88 %)
2019	14 233 (94 %)	12 437 (97 %)	7 104 (93 %)	3 602 (83 %)
2020	13 196 (95 %)	12 118 (98 %)	6 664 (93 %)	3 149 (86 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	1 904 (94 %)	4 312 (94 %)	8 948 (92 %)	4 907 (94 %)
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)
2018	2 342 (96 %)	4 481 (88 %)	10 157 (94 %)	3 327 (92 %)
2019	2 052 (95 %)	4 421 (93 %)	9 408 (94 %)	2 984 (92 %)
2020	2 112 (95 %)	3 884 (93 %)	8 798 (94 %)	2 556 (92 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	14 970 (91 %)	31 083 (87 %)	4 582 (89 %)	1 500 (97 %)
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)
2018	14 744 (89 %)	38 346 (90 %)	5 241 (91 %)	1 890 (97 %)
2019	14 068 (89 %)	36 376 (90 %)	4 691 (91 %)	1 719 (99 %)
2020	13 224 (90 %)	32 733 (90 %)	4 517 (92 %)	1 594 (91 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	8 310 (94 %)	5 788 (93 %)	5 881 (92 %)	4 823 (92 %)
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)
2018	6 535 (93 %)	4 302 (91 %)	6 740 (95 %)	3 230 (93 %)
2019	5 837 (90 %)	4 301 (92 %)	6 213 (94 %)	2 724 (90 %)
2020	5 556 (92 %)	3 900 (92 %)	5 296 (94 %)	2 747 (96 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	237 (2 %)	217 (2 %)	82 (1 %)	54 (2 %)
ab 18 Jahre	12 959 (98 %)	11 901 (98 %)	6 582 (99 %)	3 095 (98 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	17 (1 %)	29 (1 %)	95 (1 %)	113 (4 %)
ab 18 Jahre	2 095 (99 %)	3 855 (99 %)	8 703 (99 %)	2 443 (96 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	330 (2 %)	803 (2 %)	94 (2 %)	39 (2 %)
ab 18 Jahre	12 894 (98 %)	31 930 (98 %)	4 423 (98 %)	1 555 (98 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 17 Jahre	196 (4 %)	152 (4 %)	96 (2 %)	66 (2 %)
ab 18 Jahre	5 360 (96 %)	3 748 (96 %)	5 200 (98 %)	2 681 (98 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

HiE mit Arbeitseinkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	3 826 (37 %)	4 905 (46 %)	1 616 (21 %)	2 191 (33 %)
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)
2018	2 332 (16 %)	2 696 (20 %)	1 211 (17 %)	998 (24 %)
2019	1 170 (8 %)	3 090 (25 %)	1 298 (18 %)	854 (24 %)
2020	1 383 (11 %)	3 402 (28 %)	1 264 (19 %)	727 (23 %)

HiE mit Arbeitseinkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	287 (15 %)	1 002 (23 %)	2 055 (23 %)	1 364 (28 %)
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)
2018	168 (7 %)	1 140 (25 %)	1 625 (16 %)	759 (23 %)
2019	154 (7 %)	995 (22 %)	1 565 (17 %)	753 (25 %)
2020	274 (13 %)	924 (24 %)	1 397 (16 %)	659 (26 %)

HiE mit Arbeitseinkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	2 358 (16 %)	5 733 (18 %)	1 099 (24 %)	243 (16 %)
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)
2018	1 982 (13 %)	5 687 (15 %)	1 084 (21 %)	212 (11 %)
2019	1 895 (13 %)	5 700 (16 %)	1 009 (22 %)	185 (11 %)
2020	1 821 (14 %)	5 396 (17 %)	1 004 (22 %)	178 (11 %)

HiE mit Arbeitseinkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	1 343 (16 %)	1 370 (24 %)	1 934 (33 %)	2 071 (43 %)
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)
2018	1 355 (21 %)	765 (18 %)	2 023 (30 %)	1 412 (44 %)
2019	1 300 (22 %)	776 (18 %)	2 131 (34 %)	1 149 (42 %)
2020	1 303 (24 %)	696 (18 %)	1 716 (32 %)	1 246 (45 %)

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	641 (6 %)	670 (6 %)	197 (3 %)	285 (4 %)
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)
2018	12 (0 %)	256 (2 %)	44 (1 %)	91 (2 %)
2019	14 (0 %)	235 (2 %)	57 (1 %)	93 (2 %)
2020	5 (0 %)	272 (2 %)	65 (1 %)	81 (3 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	44 (2 %)	293 (7 %)	335 (4 %)	304 (6 %)
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)
2018	28 (1 %)	98 (2 %)	225 (2 %)	114 (3 %)
2019	17 (1 %)	60 (1 %)	214 (2 %)	100 (3 %)
2020	19 (1 %)	91 (2 %)	258 (3 %)	92 (4 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	538 (4 %)	1 176 (4 %)	275 (6 %)	73 (5 %)
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)
2018	350 (2 %)	956 (2 %)	185 (3 %)	33 (2 %)
2019	346 (2 %)	905 (3 %)	160 (3 %)	38 (2 %)
2020	325 (2 %)	925 (3 %)	177 (4 %)	41 (3 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	262 (3 %)	168 (3 %)	243 (4 %)	379 (8 %)
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)
2018	160 (2 %)	68 (2 %)	174 (3 %)	81 (2 %)
2019	142 (2 %)	101 (2 %)	167 (3 %)	76 (3 %)
2020	173 (3 %)	101 (3 %)	176 (3 %)	102 (4 %)

**Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder
Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern**

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	659 (6 %)	523 (5 %)	332 (4 %)	245 (4 %)
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)
2018	533 (4 %)	32 (0 %)	104 (2 %)	104 (2 %)
2019	342 (2 %)	30 (0 %)	98 (1 %)	95 (3 %)
2020	414 (3 %)	18 (0 %)	66 (1 %)	93 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2011	76 (4 %)	129 (3 %)	268 (3 %)	301 (6 %)
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)
2018	32 (1 %)	34 (1 %)	188 (2 %)	92 (3 %)
2019	31 (2 %)	35 (1 %)	150 (2 %)	35 (1 %)
2020	43 (2 %)	22 (0 %)	109 (1 %)	30 (1 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Niedersachse n	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	896 (6 %)	951 (3 %)	180 (4 %)	85 (6 %)
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)
2018	465 (3 %)	520 (1 %)	99 (2 %)	44 (2 %)
2019	429 (3 %)	463 (1 %)	39 (1 %)	38 (2 %)
2020	388 (3 %)	432 (1 %)	46 (1 %)	41 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2011	319 (4 %)	656 (11 %)	251 (4 %)	428 (9 %)
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)
2018	95 (1 %)	350 (8 %)	148 (2 %)	89 (3 %)
2019	114 (2 %)	303 (7 %)	119 (2 %)	70 (3 %)
2020	115 (2 %)	330 (8 %)	129 (3 %)	87 (3 %)

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	3 443 (33 %)	4 323 (41 %)	5 124 (66 %)	3 122 (48 %)
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)
2018	6 283 (43 %)	6 232 (45 %)	4 810 (69 %)	2 214 (53 %)
2019	5 775 (41 %)	4 930 (40 %)	4 730 (67 %)	1 788 (50 %)
2020	5 197 (39 %)	4 658 (39 %)	4 386 (66 %)	1 538 (49 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	1 141 (60 %)	1 966 (46 %)	4 292 (48 %)	2 466 (50 %)
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)
2018	1 566 (67 %)	2 388 (53 %)	5 253 (52 %)	1 779 (53 %)
2019	1 446 (70 %)	2 545 (58 %)	4 707 (50 %)	1 514 (51 %)
2020	1 375 (65 %)	2 053 (53 %)	4 304 (49 %)	1 233 (48 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	7 549 (50 %)	14 817 (48 %)	1 767 (39 %)	783 (52 %)
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)
2018	8 037 (55 %)	21 477 (56 %)	2 371 (45 %)	1 282 (68 %)
2019	7 443 (53 %)	19 775 (54 %)	2 035 (43 %)	1 125 (65 %)
2020	6.800 (51 %)	17 505 (53 %)	1 708 (38 %)	1 006 (63 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	5 537 (67 %)	3 163 (55 %)	2 328 (40 %)	1 602 (33 %)
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)
2018	3 821 (59 %)	2 613 (61 %)	3 178 (47 %)	1 277 (39 %)
2019	3 266 (56 %)	2 534 (59 %)	2 673 (43 %)	1 107 (41 %)
2020	2 954 (53 %)	2.148 (55 %)	2 327 (44 %)	1 028 (37 %)

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	129 (1 %)	20 (0 %)	341 (4 %)	70 (1 %)
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)
2018	1 733 (12 %)	869 (6 %)	686 (10 %)	364 (9 %)
2019	1 638 (12 %)	555 (4 %)	831 (12 %)	324 (9 %)
2020	1 213 (9 %)	151 (1 %)	816 (12 %)	281 (9 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	77 (4 %)	195 (4 %)	156 (2 %)	6 (0 %)
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)
2018	225 (10 %)	250 (6 %)	713 (7 %)	134 (4 %)
2019	141 (7 %)	273 (6 %)	664 (7 %)	101 (3 %)
2020	137 (6 %)	258 (7 %)	516 (6 %)	118 (5 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	396 (3 %)	831 (3 %)	6 (0 %)	14 (1 %)
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)
2018	946 (6 %)	2 768 (7 %)	239 (5 %)	57 (3 %)
2019	944 (7 %)	2 446 (7 %)	236 (5 %)	48 (3 %)
2020	778 (6 %)	1 863 (6 %)	232 (5 %)	41 (3 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	46 (1 %)	107 (2 %)	131 (2 %)	33 (1 %)
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)
2018	411 (6 %)	170 (4 %)	431 (7 %)	185 (6 %)
2019	402 (7 %)	193 (5 %)	341 (5 %)	163 (6 %)
2020	340 (6 %)	186 (5 %)	323 (6 %)	127 (5 %)

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	98 (1 %)	60 (1 %)	11 (0 %)	28 (0 %)
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)
2018	0 (0 %)	1 620 (12 %)	8 (0 %)	21 (0 %)
2019	311 (2 %)	1 496 (12 %)	10 (0 %)	13 (0 %)
2020	394 (3 %)	1 323 (11 %)	2 (0 %)	18 (0 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	26 (1 %)	3 (0 %)	494 (6 %)	41 (1 %)
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)
2018	22 (1 %)	155 (4 %)	1 341 (13 %)	31 (1 %)
2019	25 (1 %)	71 (2 %)	1 254 (13 %)	42 (2 %)
2020	19 (1 %)	66 (2 %)	1 358 (15 %)	28 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	1 985 (13 %)	711 (2 %)	40 (1 %)	31 (2 %)
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)
2018	2 133 (15 %)	989 (3 %)	43 (1 %)	26 (1 %)
2019	2 191 (16 %)	1 114 (3 %)	36 (1 %)	26 (2 %)
2020	2 182 (17 %)	1 006 (3 %)	68 (2 %)	19 (0 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	106 (1 %)	27 (0 %)	164 (3 %)	110 (2 %)
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)
2018	120 (2 %)	13 (0 %)	159 (2 %)	62 (2 %)
2019	87 (2 %)	18 (0 %)	169 (3 %)	65 (2 %)
2020	98 (2 %)	22 (0 %)	130 (3 %)	56 (2 %)

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	1 601 (16 %)	72 (1 %)	156 (2 %)	663 (10 %)
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)
2018	3 711 (25 %)	2 024 (15 %)	71 (1 %)	424 (10 %)
2019	4 983 (35 %)	2 101 (17 %)	80 (1 %)	435 (12 %)
2020	4 590 (35 %)	2 294 (19 %)	65 (1 %)	411 (13 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	253 (13 %)	724 (17 %)	1 348 (15 %)	425 (9 %)
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)
2018	301 (13 %)	416 (9 %)	812 (8 %)	418 (13 %)
2019	238 (12 %)	442 (10 %)	854 (9 %)	439 (15 %)
2020	245 (12 %)	470 (12 %)	856 (10 %)	396 (15 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	1 248 (8 %)	6 864 (22 %)	1 215 (27 %)	271 (18 %)
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)
2018	831 (6 %)	5 949 (16 %)	1 220 (23 %)	236 (13 %)
2019	820 (6 %)	5 973 (16 %)	1 176 (25 %)	259 (15 %)
2020	930 (7 %)	5 606 (17 %)	1 282 (28 %)	268 (17 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	697 (8 %)	297 (5 %)	830 (14 %)	200 (4 %)
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)
2018	573 (9 %)	323 (7 %)	627 (9 %)	124 (4 %)
2019	526 (9 %)	376 (9 %)	613 (10 %)	94 (3 %)
2020	573 (10 %)	417 (11 %)	495 (9 %)	101 (4 %)

Tabelle 24: entfallen

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2020 nach Bundesländern

Schwangerschafts- woche	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	385 (3 %)	6 (0 %)	90 (1 %)	66 (2 %)
13. bis 20.	4 857 (37 %)	3 054 (25 %)	723 (11 %)	677 (22 %)
nach der 20.	7 954 (60 %)	9 058 (75 %)	5 851 (88 %)	2 406 (76 %)

Schwangerschafts- woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
1. bis 12.	10 (1 %)	59 (2 %)	298 (3 %)	33 (1 %)
13. bis 20.	94 (4 %)	793 (20 %)	1 689 (19 %)	558 (22 %)
nach der 20.	2 008 (95 %)	3 032 (78 %)	6 811 (78 %)	1 965 (77 %)

Schwangerschafts- woche	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1. bis 12.	228 (2 %)	1 877 (6 %)	259 (6 %)	156 (10 %)
13. bis 20.	3 626 (27 %)	10 403 (32 %)	1 156 (25 %)	501 (31 %)
nach der 20.	9 370 (71 %)	20 453 (62 %)	3 102 (69 %)	937 (59 %)

Schwangerschafts- woche	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
1. bis 12.	335 (6 %)	97 (3 %)	336 (6 %)	1 (0 %)
13. bis 20.	1 905 (34 %)	1 134 (29 %)	1 365 (26 %)	317 (12 %)
nach der 20.	3 316 (60 %)	2 669 (68 %)	3 595 (68 %)	2 429 (88 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2020 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7 052 (54 %)	6 359 (53 %)	3 094 (47 %)	1 050 (34 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 525 (34 %)	4 009 (33 %)	2 552 (38 %)	1 427 (45 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 619 (12 %)	1 750 (14 %)	1 018 (15 %)	672 (21 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 002 (47 %)	1 785 (46 %)	4 966 (56 %)	727 (28 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	657 (31 %)	1 538 (40 %)	2 913 (33 %)	1 220 (48 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	453 (22 %)	561 (14 %)	919 (11 %)	609 (24 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 663 (50 %)	16 620 (51 %)	2 505 (56 %)	906 (57 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 041 (31 %)	9 647 (29 %)	1 238 (27 %)	468 (29 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 520 (19 %)	6 466 (20 %)	774 (17 %)	220 (14 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 880 (34 %)	1 330 (34 %)	2 636 (50 %)	1 063 (39 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	2 413 (43 %)	1 708 (44 %)	1 604 (30 %)	957 (35 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 263 (23 %)	862 (22 %)	1 056 (20 %)	727 (26 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	148 (100 %)	52 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (82 %)	72 (50 %)	47 (90 %)	52 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	122 (100 %)	156 (100 %)	49 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	101 (83 %)	80 (51 %)	44 (90 %)	53 (83 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (17 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	123 (100 %)	156 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (83 %)	80 (51 %)	43 (90 %)	51 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (18 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (70 %)	157 (87 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	75 (30 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	77 (100 %) ⁵	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (77 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	53 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	222 (100 %)	183 (100 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (77 %)	162 (89 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	50 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	221 (100 %)	187 (100 %)	97 (100 %) ⁶	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)

⁵ Nachträgliche Korrektur gegenüber Sozialdatenbericht 2017.

⁶ 77 geförderte Beratungsstellen inkl. Außenstellen

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (78 %)	46 (96 %)	37 (74 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	18 (22 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	48 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	37 (77 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (23 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	46 (81 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (19 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	49 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	42 (86 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	7 (14 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2020 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2,5-facher RS	2,0 x RS (Härtefälle 2,5 x RS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO: 4 x RS Paare u. HA; 5 x RS Alleinstehende (Bruttobezüge)	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	AL: 3 x RS Paare u.HA: 4 x RS Kinder: 1 x RS + Warmmiete	AL: 3 x RL HV/HA: 2 x RL Kinder: 1 ½ RL zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL = 2,5 x RS + KdU; ansonsten 1,5 x RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	"HV/HA=1,5xRS AL2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit; Übersteigerung des Netto - § 53 AO, Abs. 1 Nr.2; Folgeanträge möglich"	HV/HA = 2 x RS AL = 2,5 x RS + KdU+Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HA=1,5xRS AL=2,5xRS+ 2RS für Kinder zzgl. angem. Kosten Unterkunft	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS+ Mehrbedarf für Schwangere + angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53AO; Folgeanträge möglich

Abkürzungen:

AL: Alleinerziehende; angem.: angemessene; AO: Abgabenordnung; HA: Haushaltsangehörige/r; HV: Haushaltsvorstand;
KdU: Kosten der Unterkunft/Unterbringung; RL: Regelleistung; RS: Regelsatz

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2020 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2011	1 085	1 250	599	536
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711
2018	628	1 142	679	800
2019	759	1 305	806	852
2020	860	1 161	768	1 025

Durchschnittsbetrag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597
2018	428	526	684	722
2019	450	594	703	780
2020	480	705	772	911

Durchschnittsbetrag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545
2018	560	501	813	588
2019	653	536	934	645
2020	625	583	945	706

Durchschnittsbetrag in Euro	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813
2018	860	691	481	843
2019	964	745	526	955
2020	976	814	634	977

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2020 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	0 (0 %)	605 (5 %)	307 (5 %)	0 (0 %)
Bis 600 Euro	6 298 (48 %)	1 303 (11 %)	1 319 (20 %)	283 (9 %)
Bis 1 000 Euro	94 (1 %)	4 338 (36 %)	4 503 (67 %)	1 863 (59 %)
Bis 1 500 Euro	6 628 (50 %)	4 307 (35 %)	285 (4 %)	950 (30 %)
Über 1 500	176 (1 %)	1 565 (13 %)	250 (4 %)	53 (2 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	609 (29 %)	0 (0 %)	118 (1 %)	1 (0 %)
Bis 600 Euro	991 (47 %)	847 (22 %)	2 308 (26 %)	327 (13 %)
Bis 1 000 Euro	487 (23 %)	2 682 (69 %)	5 635 (64 %)	1 562 (61 %)
Bis 1 500 Euro	24 (1 %)	319 (8 %)	601 (7 %)	639 (25 %)
Über 1 500 Euro	1 (0 %)	36 (1 %)	136 (2 %)	27 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	804 (6 %)	2 580 (8 %)	799 (18 %)	56 (4 %)
Bis 600 Euro	7 567 (57 %)	18 374 (56 %)	1 428 (32 %)	547 (34 %)
Bis 1 000 Euro	3 045 (23 %)	10 287 (32 %)	323 (7 %)	722 (45 %)
Bis 1 500 Euro	1 700 (13 %)	1 396 (4 %)	1 450 (32 %)	234 (15 %)
Über 1 500 Euro	108 (1 %)	96 (0 %)	517 (11 %)	35 (2 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	386 (7 %)	3 (0 %)	598 (11 %)	52 (2 %)
Bis 600 Euro	1 214 (22 %)	1 035 (27 %)	2 591 (49 %)	389 (14 %)
Bis 1 000 Euro	1 721 (31 %)	1 953 (50 %)	1 896 (36 %)	1 209 (44 %)
Bis 1 500 Euro	1 169 (21 %)	889 (23 %)	188 (4 %)	951 (35 %)
Über 1 500 Euro	1 066 (19 %)	20 (0 %)	23 (0 %)	146 (5 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	beides	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	435 938	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	10 000

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	255 000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	12 300	3 450	nein	24 153

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4:	entfallen	9
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	10
Tabelle 8:	Einkommengrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	10
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2020	11
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	12
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	12
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	17
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	18
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	19
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	20
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	24
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern	25
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	26
Tabelle 24:	entfallen	27
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2020 nach Bundesländern	27
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2020 nach Bundesländern	28
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	29
Tabelle 28:	Einkommengrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2020 nach Bundesländern	35
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2020 nach Bundesländern	37
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2020 nach Bundesländern	38
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	39
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen	39
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	39